

Mündliche Anfragen

gemäß § 111 der Geschäftsordnung (Fragestunde) für die

**87. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 25. Januar 1967**

**88. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Donnerstag, dem 26. Januar 1967**

**89. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Freitag, dem 27. Januar 1967**

I. Geschäftsbereich des Bundesministers für gesamtdutsche Fragen

Abgeordneter Dr. Hofmann (Mainz)	Würde es die Bundesregierung im Rahmen ihrer gesamtdutschen Politik begrüßen, wenn westdeutsche Großstädte mit Großstädten Mitteldeutschlands Freundschaftsverhältnisse auf kommunaler Ebene begründen würden?
---	--

II. Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

- | | |
|---|---|
| II. 1. Abgeordnete
Frau Funcke | Welche Hindernisse stehen einer bundeseinheitlichen und zuverlässigen Methode bei der Berechnung der Entfernungskilometer auf Autobahnschildern (bis Autobahnabfahrt oder bis Ortsmitte) entgegen? |
| II. 2. Abgeordneter
Hübner | Zu welchem Ergebnis hat die Einschaltung der Europäischen Konferenz der Verkehrsminister zu dem Vorhaben Rhein-Maas-Kanal, insbesondere im Hinblick auf die Linienführung, geführt? |
| II. 3. Abgeordneter
Hübner | Kann inzwischen, folgernd aus der schriftlichen Antwort des Bundesverkehrsministers vom 5. August 1965 auf meine Mündliche Anfrage, den betroffenen Gebietskörperschaften ein Hinweis für ihre Planungen gegeben werden? |
| II. 4. Abgeordneter
Fellermaier | Ist die Bundesregierung bereit, gemeinsam mit den Bundesländern die Vereinheitlichung der Rechtsvorschriften für den Sehtest von Führerscheinbewerbern herzustellen, da die Feststellung der Sehschärfe und die fachärztlichen Untersuchungen bisher in den einzelnen Bundesländern verschiedenartig gehandhabt werden? |

- II. 5. Abgeordneter
Lemmrich Trifft die Behauptung des Oberbürgermeisters der Stadt München zu, daß München die volle Baulast für die Ortsdurchfahrten von Bundesstraßen allein zu tragen habe, und er dabei den Eindruck erweckt, München müsse die damit verbundenen Kosten alleine aufbringen?
- II. 6. Abgeordneter
Sänger Ist die Bundesregierung bereit, den ständig laufenden öffentlichen Omnibusverkehr vor allem in solchen Gebieten, in denen er bisher betriebene Bundesbahnlinien zu ersetzen hat, und in den Gebieten des Zonenrandes vor den neuen Kostenlasten zu bewahren, die durch Erhöhung der Mineralölsteuer für diese öffentlichen Verkehrsmittel entstanden sind?
- II. 7. Abgeordnete
Frau Freyh Wie hat sich im Jahre 1966 im Vergleich zum Vorjahr die Unfallhäufigkeit an Zebrastreifen in Großstädten entwickelt?
- II. 8. Abgeordnete
Frau Freyh Wie beurteilt die Bundesregierung Vorschläge, an signalgeregelten Kreuzungen auf das Markieren von Zebrastreifen zu verzichten, um auf diese Weise das häufig bei Fußgängern festzustellende Mißverständnis auszuschließen, sie seien auf markierten Überwegen grundsätzlich bevorrechtet?

III. Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen

- III. 1. Abgeordneter
Schultz
(Gau-
Bischofsheim) In welchem Umfang hat die polnische Verwaltung bisher deutsche Briefmarken beanstandet?
- III. 2. Abgeordneter
Schultz
(Gau-
Bischofsheim) Welche Folgen hatten die in Frage III/1 erwähnten Beanstandungen?
- III. 3. Abgeordneter
Schultz
(Gau-
Bischofsheim) Beabsichtigt die Bundesregierung, in Erwiderung der entsprechenden polnischen Maßnahmen Sendungen aus dem polnischen Bereich zu beanstanden, die Briefmarken mit Abbildungen von Städten in den Oder-Neiße-Gebieten mit polnischer Bezeichnung enthalten?
- III. 4. Abgeordneter
Felder Ist der Bundespostminister in der Lage, über einen Erfolg bei der Aktion „Pünktlicher Weihnachtsmann“ zu berichten?
- III. 5. Abgeordneter
Felder Ständen die für die in Frage III/4 erwähnte Aktion eingesetzten Mittel im Verhältnis zu dem angestrebten Zweck, größere Verkehrsspitzen beim Paketversand kurz vor Weihnachten zu vermeiden?

- | | | | |
|------|--------------------------------------|---|--|
| III. | 6. Abgeordneter
Felder | Ist eine Wiederholung der Aktion „Pünktlicher Weihnachtsmann“ Ende 1967 geplant? | |
| III. | 7. Abgeordnete
Frau Funcke | Trifft es zu, daß die Deutsche Bundespost eine Gegenüberstellung der Kosten und Erlöse für die einzelnen Zweige des Post- und Fernmeldewesens nicht erstellt oder erstellen kann? | |
| III. | 8. Abgeordneter
Faller | Hält es der Bundespostminister für sinnvoll und für wirtschaftlich vertretbar, daß die internen Dienststellen des Postamtes Weil am Rhein fast zu gleicher Zeit zum Postamt Lörrach verlegt wurden, da die Bundespost in Weil nach jahrelangen Bemühungen endlich einen Postamtsneubau errichtet hat? | <i>Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.</i> |

IV. Geschäftsbereich des Bundesministers für Familie und Jugend

- | | | |
|-----|-----------------------------------|---|
| IV. | 1. Abgeordneter
Moersch | Welche Jugendlichen und Jugendorganisationen gehören nach Ansicht der Bundesregierung nicht zu den „elitären“ Jugendgruppen, die der Bundeskanzler nach seiner Paris-Reise im deutsch-französischen Jugendaustauschwerk stärker zu fördern versprochen hat? |
| IV. | 2. Abgeordneter
Moersch | Ist die Bundesregierung bereit, dem Deutschen Bundestag einen Katalog der ihrer Ansicht nach „elitären Jugendgruppen“ zur Prüfung vorzulegen? |
| IV. | 3. Abgeordneter
Kubitza | Welche Schlußfolgerungen zieht die Bundesregierung aus der Entschließung der 33. Vollversammlung des Deutschen Bundesjugendringes zur Frage der Errichtung einer Zentralstelle für internationale Jugendarbeit? |

V. Geschäftsbereich des Bundesministers für wissenschaftliche Forschung

- | | | |
|----|-----------------------------------|--|
| V. | 1. Abgeordneter
Kulawig | Sind Pressemeldungen zutreffend, die im Gegensatz zu der Stellungnahme der Bundesregierung in der 81. Sitzung des Deutschen Bundestages vom 14. Dezember 1966, betreffend die Standortwahl für das Projekt eines europäischen Großbeschleunigers, stehen, wonach der saarländische Standort Neuforweiler aus geologischen Gründen für den Bau des Beschleunigers nicht in Frage kommt? |
|----|-----------------------------------|--|

- V. 2. Abgeordneter
Kulawig Ist die Bundesregierung angesichts der Tatsache, daß die Diskussion über den mutmaßlichen Standort des in Frage V/1 erwähnten Projekts längst in die Öffentlichkeit verlagert ist, nicht doch bereit, ihre Auffassung über den geeignetsten Standort in der Bundesrepublik dem Bundestag bekanntzugeben?
- V. 3. Abgeordneter
Kulawig Welche Bemühungen hat die Bundesregierung bisher unternommen, um mit der französischen Regierung über den Bau einer deutsch-französischen Gemeinschaftsanlage für das in Frage V/1 erwähnte Projekt zu verhandeln?
- V. 4. Abgeordneter
Dr. Martin Wie beurteilt die Bundesregierung die Möglichkeit, mit den Ländern zu einem neuen Verwaltungsabkommen über die Förderung von Wissenschaft und Forschung zu kommen?

VI. Geschäftsbereich des Bundesministers für Gesundheitswesen

- VI. 1. Abgeordneter
Rollmann Ist der Bundesregierung bekannt, daß in der Rinderzucht Futtermittel mit thyreostatischer Wirkung, deren Verabfolgung an lebende Tiere nach dem § 4 b Nr. 2 des Lebensmittelgesetzes verboten ist, als Tierarzneimittel deklariert und in großen Mengen vertrieben und verabfolgt werden, um das Lebensmittelgesetz zu umgehen?
- VI. 2. Abgeordneter
Rollmann Was hat die Bundesregierung getan, um die in Frage VI/1 erwähnte Umgehung des Lebensmittelgesetzes zu unterbinden?
- VI. 3. Abgeordneter
Rollmann Ist es richtig, daß Tiere, die im Ausland mit in Deutschland verbotenen Futtermitteln und Wirkstoffen gefüttert werden, nach Deutschland importiert und die aus ihnen gewonnenen Fleischerzeugnisse hier verkauft werden können?
- VI. 4. Abgeordneter
Dr. Rinderspacher Teilt die Bundesregierung die Auffassung baden-württembergischer Fachleute aus Wissenschaft und Wirtschaft, daß in den letzten Jahren die Bemühungen um eine moderne Abwasserbeseitigung „stark nachgelassen“ habe, daß sogar begonnene Projekte nicht fertiggestellt worden seien?

VII. Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

- VII. 1. Abgeordneter
Schmidt
(Kempten) Durch welche Leistungen trägt die sowjetisch besetzte Zone Deutschlands zu den Unterhaltungskosten des von den vier Siegermächten eingerichteten Spandauer Gefängnisses bei?

- VII. 2. Abgeordneter
Schmidt
(Kempten)
- Bei Verneinung der Frage VII/1, ist in der Entgegennahme oder Forderung ausschließlich westdeutscher Zahlungen zur Aufrechterhaltung des Gefängnisbetriebes nicht eine Anerkennung des Anspruchs der Bundesregierung, für das ganze deutsche Volk zu handeln, durch die vier Mächte einschließlich der Regierung der Sowjetunion zu erblicken?
- VII. 3. Abgeordneter
Schmidt
(Kempten)
- Sind der Bundesregierung noch andere als die in Frage VII/1 erwähnten Fälle bekannt, in denen die Regierung der Sowjetunion dieses Alleinvertretungsrecht der Bundesregierung akzeptiert?
- VII. 4. Abgeordneter
Dr. Hofmann
(Mainz)
- Entspricht es der außenpolitischen Konzeption der Bundesregierung, wenn westdeutsche Großstädte 1967 versuchen würden, Patenschaften mit den Großstädten der Länder Ungarn, Polen und der Tschechoslowakei zu begründen?
- VII. 5. Abgeordneter
Dr. Hofmann
(Mainz)
- Entsprechen Presseberichte den Tatsachen, die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu den Ostblockstaaten würden zwischen 80 bis 120 Milliarden DM Ersatzansprüche dieser Staaten an die Bundesrepublik Deutschland zur Folge haben?
- VII. 6. Abgeordneter
Dr. Schulz
(Berlin)
Frage wird von Abgeordneten Sänger übernommen
- Trifft es zu, daß die beiden federführenden Bundesministerien des Auswärtigen und des Innern dem Bundespräsidialamt empfohlen haben, seine Zustimmung zur Verleihung eines hohen französischen Ordens an Frau Professor Klara-Marie Faßbinder zu verweigern?
- VII. 7. Abgeordneter
Dr. Schulz
(Berlin)
Frage wird von Abgeordneten Sänger übernommen
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß die in Frage VII/6 erwähnte geplante französische Auszeichnung ausschließlich für wissenschaftliche und schriftstellerische Verdienste der Frau Faßbinder, insbesondere für ihre Übersetzungen der Werke Paul Claudels ins Deutsche beabsichtigt war?
- VII. 8. Abgeordneter
Dr. Schulz
(Berlin)
Frage wird von Abgeordneten Sänger übernommen
- Ist die Bundesregierung der Meinung, daß es mit den Prinzipien geistiger Freiheit in einem Rechtsstaat vereinbar ist, abweichende bzw. von der großen Mehrheit als falsch empfundene politische Auffassungen zum Anlaß zu nehmen, rein literarischen und dabei über die deutschen Grenzen hinaus anerkannten Leistungen den gebührenden Respekt zu verweigern?
- VII. 9. Abgeordneter
Dr. Rau
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Wirkung auf das Deutschland-Bild in Frankreich und auf ihre Bemühungen um weitere Annäherung der beiden Völker und Staaten, wenn das deutsche Staatsoberhaupt einer überzeugt pazifistischen Bonner Professorin untersagt, eine hohe Auszeichnung der französischen

Republik anzunehmen, die ihr für die Verbreitung des Werkes des französischen Schriftstellers und Diplomaten Paul Claudel, dessen Lebenswerk wesentlich der Festigung katholischen Christentums gewidmet war, zugedacht war?

VIII. Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

- VIII. 1. Abgeordneter
Spitzmüller Ist die Bundesregierung bereit, an Hand der nach Artikel 58 des Grundgesetzes vorhandenen Unterlagen dem Bundestag mitzuteilen, in wie vielen Fällen die Genehmigung für die Annahme eines ausländischen Ordens aus einem NATO-Staat an Bundesbürger erteilt wurde?
- VIII. 2. Abgeordneter
Spitzmüller Treffen Pressemeldungen zu, daß unter Mitwirkung des Bundesinnenministeriums der Bundespräsident die Zustimmung zur Verleihung des französischen Ordens Palmes Académiques, der unter Mitwirkung der französischen Regierung für besondere Verdienste um Universität oder Wissenschaft verliehen wird, an Frau Professor Faßbinder aus politischen Gründen versagte?
- VIII. 3. Abgeordneter
Spitzmüller Hält die Bundesregierung eine aus politischen Gründen erfolgende Ablehnung eines Ordens mit den Bestimmungen des Grundgesetzes für vereinbar, nach denen niemand wegen seiner politischen Anschauung verfolgt oder benachteiligt werden darf, es sei denn, daß die politische Richtung ausdrücklich für verfassungsfeindlich erklärt und die sie repräsentierende Partei deswegen verboten worden ist?
- VIII. 4. Abgeordnete
Frau Blohm Trifft es zu, daß die im § 124 Abs. 3 des Bundessozialhilfegesetzes genannten amtlichen Merkblätter, die die Ärzte den Behinderten oder ihren Personensorgeberechtigten zur Aufklärung aushändigen sollen, den in eigener Praxis tätigen Ärzten bisher nicht vorliegen?
- VIII. 5. Abgeordnete
Frau Blohm Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um die dringend notwendige Aufklärung der betroffenen Bevölkerungskreise zu verstärken?
- VIII. 6. Abgeordnete
Frau Blohm Beabsichtigt die Bundesregierung trotz der bisher unzureichenden Aufklärung, das im Bundessozialhilfegesetz den Ärzten im Einzelfall gegebene Melderecht in eine generelle Meldepflicht umzuwandeln?

- VIII. 7. Abgeordneter
Geldner Welche Gründe sind nach Auffassung der Bundesregierung dafür maßgebend, daß die Arbeitslosenquote mit 5,4% bzw. 3,9% Mitte Januar in Bayern an der Spitze aller Bundesländer lag?
- VIII. 8. Abgeordneter
Geldner In welchen wesentlichen Punkten stimmen die Vorstellungen der Bundesregierung hinsichtlich der Raumordnung und der Strukturpolitik mit denen der bayerischen Staatsregierung überein?
- VIII. 9. Abgeordneter
Geldner Sind Zusammenhänge zwischen einer mangelhaften Raumordnung und Agrarstrukturpolitik und der Zahl der Arbeitslosen in Nord- und Südbayern zu erkennen?
- VIII. 10. Abgeordneter
Dorn Aus welchen Beweggründen hat das Bundesinnenministerium für die Erstellung des Films „Katz und Maus“ einen Zuschuß von 300 000 DM gezahlt?
- VIII. 11. Abgeordneter
Dorn Welche Ereignisse sind inzwischen eingetreten, den in Frage VIII/10 erwähnten Zuschuß von 300 000 DM von den Produzenten des Films wieder zurückzuverlangen?
- VIII. 12. Abgeordneter
Dr. Pohle Ist die Bundesregierung den Pressemeldungen nachgegangen, wonach Mitglieder des Sozialistischen Studentenbundes bei einer Veranstaltung des Ringes Christlich-Demokratischer Studenten an der Freien Universität Berlin den südvietnamesischen Botschafter in Bonn, Herrn Nguyen Qui Anh, mit deutlich antiamekanischem Akzent niedergeschrien haben?
- VIII. 13. Abgeordneter
Dr. Pohle Wie beurteilt die Bundesregierung den in Frage VIII/12 erwähnten Vorfall unter dem Gesichtspunkt der Bekämpfung kommunistischer Infiltration?
- VIII. 14. Abgeordneter
Dr. Pohle Ist der Bundesregierung bekannt, wie stark der kommunistische Einschlag im Sozialistischen Studentenbund ist?
- VIII. 15. Abgeordneter
Eisenmann Welche Konzeption liegt den vorgesehenen Ausgaben für den Sport im Haushaltsansatz der Bundesregierung für 1967 zugrunde?
- VIII. 16. Abgeordneter
Eisenmann Teilt die Bundesregierung die Ansicht, daß es gut wäre, auch in der Bundesrepublik eine Reihe von Leistungs- und Sportzentren zu bilden, in denen Sportwissenschaftler, Trainer und Aktive für Leistungssport, Olympische Spiele, Welt- und Europameisterschaften sowie internationale Begegnungen zusammenarbeiten?

- VIII. 17. Abgeordneter
Eisenmann
- Hat die Bundesregierung die Gelegenheit wahrgenommen, im Zusammenhang mit der Einführung des neunten Volksschuljahres bei der Kultusministerkonferenz auf die Notwendigkeit der täglichen Turn- oder Sportstunde in den Schulen hinzuweisen?

IX. Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

- IX. 1. Abgeordneter
Ruf
- Ist die Bundesregierung bereit, durch eine Änderung bzw. Ergänzung der Lohnsteuer-Durchführungsverordnung die im Ausland nach § 1227 Abs. 1 Nr. 8 RVO (§ 2 Abs. 1 Nr. 10 AVG) beschäftigten Arbeitnehmer den im Inland tätigen Versicherten insofern gleichzustellen, als die für sie zu den Rentenversicherungen entrichteten Beiträge wie Arbeitgeberbeiträge zur Pflichtversicherung behandelt, d. h. nach § 2 Abs. 3 Ziffer 2 Satz 6 LStDV steuerfrei belassen werden?
- IX. 2. Abgeordneter
**Müller
(Mülheim)**
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß den Gemeinden beträchtliche Lohnsummensteuerbeträge verloren gehen, seitdem durch die Gewerbesteuerrichtlinien 1955 das Prüfungsrecht der Gemeinden beseitigt wurde?
- IX. 3. Abgeordneter
**Müller
(Mülheim)**
- Beabsichtigt die Bundesregierung, künftig nur noch Betriebe mit mehr als 20 Beschäftigten von den Lohnsteuerprüfern der Finanzämter prüfen zu lassen?
- IX. 4. Abgeordneter
**Müller
(Mülheim)**
- Ist die Bundesregierung bereit, bei einer Neufassung der Gewerbesteuerrichtlinien, zur Entlastung der Finanzverwaltungen und zur Verbesserung des Steueraufkommens der Gemeinden, das Prüfrecht der Gemeinden wieder einzuführen?
- IX. 5. Abgeordneter
Marquardt
- Treffen Pressemeldungen zu, wonach Mischfutterfabriken und Getreidehändler mit Hilfe gefälschter Zollpapiere unberechtigt Millionenbeträge für angebliche Drittlandsexporte erhalten haben?
- IX. 6. Abgeordneter
Marquardt
- Welches Ergebnis haben die Untersuchungen über den Umfang der in Frage IX/5 erwähnten Fälschungen bisher?
- IX. 7. Abgeordneter
Marquardt
- Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um ähnliche wie die in Frage IX/5 erwähnten Vorkommnisse für die Zukunft zu unterbinden?
- IX. 8. Abgeordneter
Dr. Bucher
- Trifft es zu, daß bei Weingeschenksendungen aus EWG-Ländern häufig von der Zollbehörde zwei Flaschen zwecks chemischer Untersuchung entnommen und dafür noch zusätzlich 30 bis 50 DM Gebühren erhoben werden?

- IX. 9. Abgeordneter
**Schmitt-
Vockenhausen** Wird die Bundesregierung die erwarteten Mehreinnahmen aus der Erhöhung der Mineralölsteuer zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden verwenden?
- IX. 10. Abgeordneter
**Schmitt-
Vockenhausen** Wird sich die Bundesregierung in der in Frage IX/9 erwähnten Angelegenheit mit den Beteiligten abstimmen?

X. Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

- X. 1. Abgeordneter
Dr. Rutschke Worauf führt die Bundesregierung den im Gegensatz beispielsweise zu den USA und zu Italien, wo steigende Zahlen gemeldet werden, sehr starken Rückgang der Produktion deutscher Filme im Jahre 1966 gegenüber 1965 zurück?
- X. 2. Abgeordneter
Dr. Rutschke Wie hoch sind die Deviseneinnahmen aus der Ausfuhr deutscher Filme und die Ausgaben für den Import ausländischer Filme in den beiden in Frage X/1 genannten Jahren gewesen?
- X. 3. Abgeordneter
Dr. Rutschke Wie stellt sich das Verhältnis der Deviseneinnahmen zu den Ausgaben bei Fernsehproduktionen dar?
- X. 4. Abgeordneter
Diebäcker Ist der Bundesregierung die unbefriedigende Antwort der EWG-Kommission auf eine Anfrage zu den Verstößen gegen den Gleichbehandlungsgrundsatz des EWG-Vertrages bei der Belieferung mit holländischem Erdgas bekannt, das den deutschen Ferngasgesellschaften frei Grenze zu einem Preis abgegeben wird, der in den Niederlanden schon industriellen Abnehmern zugestanden wird?
- X. 5. Abgeordneter
Diebäcker Ist die Bundesregierung bereit, auf eine Aufhebung der Diskriminierung beim Erdgasbezug durch Verhandlungen mit der holländischen Regierung hinzuwirken, die ihrerseits auf die Preisgestaltung wesentlichen Einfluß genommen hat?
- X. 6. Abgeordneter
Diebäcker Wie beurteilt die Bundesregierung die Chancen der beschleunigten Verwirklichung einer gemeinsamen Energiepolitik?
- X. 7. Abgeordneter
Picard Wie beurteilt die Bundesregierung die Entwicklung der deutschen Textilindustrie, besonders der Tuch- und Kleiderstoffindustrie seit 1952?
- X. 8. Abgeordneter
Picard In welcher Weise wurde die in Frage X/7 erwähnte Entwicklung durch Importe aus anderen Ländern beeinflusst, die die dort heimische Textilindustrie besonders fördern?

- X. 9. Abgeordneter
Picard Sieht die Bundesregierung die Notwendigkeit und eine Möglichkeit, die schweren Existenzsorgen eines erheblichen Teils der deutschen Textilindustrie zu mindern?
- X. 10. Abgeordneter
Mertes Wie beurteilt die Bundesregierung die Wirkungen aus der Verteuerung der Kraftfahrzeughaltung, insbesondere durch die Erhöhung der Mineralölsteuer auf die Beschäftigungslage der deutschen Automobilwerke und ihrer Zulieferbetriebe?
- X. 11. Abgeordneter
Mertes Hält die Bundesregierung den Zuschlag zur Haftpflichtversicherung für Autohalter in Großstädten auch unter dem Gesichtspunkt für gerechtfertigt, daß ein Großteil der Unfälle in diesen Städten durch Autofahrer verursacht wird, die den Großstadtverkehr nicht gewöhnt sind?
- X. 12. Abgeordneter
Josten Sind der Bundesregierung Pläne bekannt, nach denen binnen 15 Jahren das Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk (RWE) das größte Pumpspeicherwerk Europas am Mittelrhein bauen will?
- X. 13. Abgeordneter
Josten Bei Bejahung der Frage X/12, wie beurteilt die Bundesregierung die Pläne für ein solches Riesenkraftwerk zur Energieversorgung des Rhein-Main- und Rhein-Ruhrgebietes im Hinblick auf die Anwohner, die Landschaft und die Rheinschifffahrt?

XI. Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

- XI. 1. Abgeordneter
Reichmann In welchem EWG-Partnerstaat wurde Rahm zu Weltmarktpreisen eingeführt, alsdann zu Butter verarbeitet und sodann zu Innenmarktpreisen verkauft?
- XI. 2. Abgeordneter
Reichmann Um welche Mengen des in Frage XI/1 erwähnten Rahms handelt es sich?
- XI. 3. Abgeordneter
Reichmann Welche finanziellen Vorteile wurden durch die in Frage XI/1 erwähnte Einfuhr auf Kosten der EWG-Marktregelung erzielt?
- XI. 4. Abgeordneter
Dröscher Stehen die derzeitigen Schwierigkeiten beim Absatz von Rundholz, denen sich die deutsche Forstwirtschaft ausgesetzt sieht, in ursächlichem Zusammenhang mit einer übermäßigen Einfuhr von Hölzern aus den Staatshandelsländern, deren Preise auf nicht vergleichbaren Kostenrechnungen basieren?

XII. Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

- XII. 1. Abgeordneter
Dr. Müller
(München) Besitzt die Bundesregierung einen Überblick, wieviel Ortskrankenkassen die Beitragshöchstgrenze von 11% erreicht haben?
- XII. 2. Abgeordneter
Dr. Müller
(München) Muß das Auftreten eines Defizits von den Gemeinden gedeckt werden oder plant die Bundesregierung in diesem Fall Sofortmaßnahmen zugunsten der Ortskrankenkassen?
- XII. 3. Abgeordneter
Dröscher Ist die Bundesregierung bereit, bei der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, die organisatorisch offensichtlich nicht auf den diesjährigen Ansturm von Arbeitslosen eingestellt war, dafür einzutreten, daß die zustehenden Unterstützungsbeträge schnellstens zur Auszahlung kommen, damit die von Arbeitslosigkeit betroffenen Familien nicht mehr, wie das, auch nach ordnungsgemäßer Abgabe der Anträge, ständig geschieht, sechs und mehr Wochen auf die Auszahlung der Leistung warten müssen?
- XII. 4. Abgeordneter
Dröscher Ist die Bundesregierung bereit, die Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung zu veranlassen, daß, notfalls durch Einstellung einer ausreichenden Zahl von Aushilfskräften, eine der Menschenwürde und den modernen Verwaltungsmöglichkeiten entsprechende Behandlung der Arbeitslosen z. B. bei der Entgegennahme der Anträge oder dem „Stempeln“ gesichert wird?
- XII. 5. Abgeordneter
Haar
(Stuttgart) Sieht der Entwurf eines neuen deutsch-österreichischen Sozialversicherungsabkommens vor, daß die deutschen Versicherungsträger grundsätzlich auch die Zeiten in ihre Versicherungslast zu übernehmen haben, die während der Jahre 1939 bis 1945 im Gebiet von Österreich zurückgelegt worden sind?
- XII. 6. Abgeordneter
Haar
(Stuttgart) Bis wann ist mit dem Inkrafttreten des revidierten deutsch-österreichischen Sozialversicherungsabkommens zu rechnen?

XIII. Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

- XIII. 1. Abgeordneter
Ollesch Warum sind ein halbes Jahr nach Herausgabe des sogenannten Gewerkschaftserlasses des Bundesverteidigungsministeriums die erforderlichen Ausführungsbestimmungen hierzu immer noch nicht ergangen?

- XIII. 2. Abgeordneter
Jung Ist die Bundesregierung bereit, die Lizenzen des zivilen und militärischen Flugsicherungspersonals gleichzusetzen, nachdem die Ausbildung und Tätigkeit die gleiche ist?
- XIII. 3. Abgeordneter
Jung Ist die Bundesregierung bereit zu prüfen, ob es zweckmäßig wäre, für das Flugsicherungspersonal und das technische Personal der Luftwaffe eine dritte Laufbahn einzuführen?
- XIII. 4. Abgeordneter
Ollesch Hält der Bundesverteidigungsminister die von seinem Vorgänger im Amt im Verteidigungsausschuß gegebene Antwort auf Fragen der Bundestagsabgeordneten Berkhan und Wienand, die unter dem Aktenzeichen: T/W-T IV 6 - AZ.: 90 - 66 - 15 dem Ministerium vorliegen, aufrecht?
- XIII. 5. Abgeordneter
Ollesch Ist es zutreffend, daß die in Frage XIII/4 erwähnte Antwort des früheren Bundesverteidigungsministers von einem oder mehreren Beamten seines Hauses vorbereitet wurde, gegen den oder die zu dieser Zeit in derselben Angelegenheit Ermittlungen wegen des Verdachts der passiven Bestechung liefen?
- XIII. 6. Abgeordneter
Dr. Rinderspacher Können durch die Verlegung sämtlicher Europa-Hauptquartiere der US-Streitkräfte von Frankreich in die Bundesrepublik Deutschland neue Belastungen für den Bundeshaushalt entstehen?

Bonn, den 20. Januar 1967